



Alternative Liste Winterthur

13. Juli 2022

Die aktuellste Version dieses Dokuments ist immer unter [www.al-winti.ch](http://www.al-winti.ch) abrufbar.

## Grundlagenpapier AL Winterthur

*Die Alternative Liste Winterthur versteht sich als Bündnis antikapitalistischer, feministischer, ökologischer und antirassistischer Kräfte sowie LGBTIQ<sup>+</sup>-Bewegungen. Auf der Seite der Ausgebeuteten, Ausgegrenzten und Benachteiligten kämpft sie für eine sozialistische Gesellschaft und damit für die Überwindung des Kapitalismus.*

*Wir kämpfen für die Umverteilung des Reichtums und stellen uns konsequent gegen jegliche Diskriminierung, sei es aufgrund von Klasse, Herkunft, Aufenthaltsstatus oder von Geschlecht, Sexualität, Religion, Behinderung oder Alter. Ein kompromisslos nachhaltiger Umweltschutz, Bildung als Grundrecht, die Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum sowie die Vergesellschaftung von Grund und Boden bilden weitere Schwerpunkte.*

*Die Alternative Liste Winterthur organisiert sich eigenständig und kooperiert thematisch mit den anderen Alternativen Linken, den sozialistischen, kommunistischen Parteien sowie anarchistischen, antirassistischen, feministischen und ökologischen Bewegungen. Mittels Einsitzes in Legislativorganen nutzt die Alternative Liste die parlamentarische Plattform, um diesen sozialen Bewegungen eine Stimme zu geben. Die AL arbeitet nicht nur mit ausserparlamentarischen Bewegungen zusammen - sie ist Teil dieser Kräfte.*

## Kernpunkte und Forderungen

Die konkreten Forderungen und Ziele im politischen Kampf der AL Winterthur werden folgenden Themenbereichen zugeordnet:

Bildung/Kultur/Sport .....	2
Finanzen/Arbeit/Soziales .....	2
Migration/Integration .....	3
Öffentliche Dienste .....	4
Ökologie/Klima .....	4
Staatsmacht/Mitbestimmung .....	5
Raumplanung/Wohnen .....	5

## **Bildung/Kultur/Sport**

- keine Sparübungen auf dem Rücken von Bildung, Kultur und Sport
- unentgeltlicher Zugang zu sämtlichen Schulstufen
- Stärkung der öffentlichen Volksschule mit umfassendem Angebot in Tagesschulen
- Chancengerechtigkeit in allen Ausbildungseinrichtungen unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Finanzkraft, entsprechende Durchmischung der Lernenden und Finanzierung der Mehrkosten
- durchgehende Kinderbetreuung für die arbeitende Bevölkerung; öffentliche Hand sorgt für Bereitstellung entsprechender Angebote, Unternehmen werden zu deren Mitfinanzierung verpflichtet
- Mitbestimmung der Studierenden, Auszubildenden und Schüler:innen
- Förderung der Aus- und Weiterbildung, Verpflichtung grosser Unternehmen zur Ausbildung von Lernenden, Vereinfachung der Lernenden-Ausbildung für Kleinunternehmen
- existenzsichernde Stipendien auf allen Stufen
- Förderung eines breiten Kulturangebots, mehr öffentliche Gelder für Alternativ- und Jugendkultur
- freie Entfaltung der Subkultur ohne Repression
- Unterstützung des Breiten- und Spitzensports mit Zugang für alle
- Schutz von Kultur- und Naturdenkmälern
- Aufarbeitung der kolonialistischen und rassistischen Geschichte Winterthurs inkl. kritischem Umgang mit Kulturdenkmälern
- freier Zugang zu Museen
- «Kulturstadt» gesetzlich verankern

## **Finanzen/Arbeit/Soziales**

- Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens
- keine steuerlichen Privilegien für Leute mit hohem Einkommen und Vermögen
- Mehrwertabschöpfung bei den Profiten im Rahmen der Industrialisierung 4.0
- Abschaffung des Steuerwettbewerbs
- Offenlegung sämtlicher Partei- und Kampagnenfinanzierungen
- kein Aushungern der öffentlichen Hand durch Sparpakete und Ausgabenbremsen
- existenzsichernde Einkommen, z.B. Mindeststundenlohn von Fr. 23.-
- keine Lohndiskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft etc.
- 35-Stunden Arbeitswoche
- Solidarität mit den Lohnabhängigen im Arbeitskampf
- keine städtischen Aufträge an Unternehmen, welche gewerkschaftlich geforderte Lohn-, Gleichstellungs- und Arbeitsbedingungen missachten
- Förderung genossenschaftlicher, selbstverwalteter Betriebe
- keine Diskriminierung, Schikane oder Repression durch Behörden oder Private, insbesondere gegenüber Bezüger:innen von Arbeitslosengeldern, IV-Renten, Sozialhilfe oder Zusatzleistungen
- Anerkennung von Care-Arbeit, Förderung von Subventionierung/Bezahlung derselben
- Einführung einer einjährigen Elternzeit
- vermehrte Einstellung von Personen mit Behinderung in städtischen Betrieben
- konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

## **Migration/Integration**

- Anerkennung der Migrant:innen als Teil unserer Gesellschaft, Bekämpfung jeglicher Ausgrenzung
- Chancengleichheit ohne Rücksicht auf die Herkunft: keine Diskriminierung von Ausländer:innen im Alltag durch Behörden
- kein Arbeitsverbot für Asylsuchende und Abgewiesene
- Sozialhilfe statt Nothilfe für abgewiesene Asylbewerber:innen
- Solidarität mit Sans-Papiers; aktives Bemühen der Stadt um die Regelung ihres Aufenthaltsstatus durch Kanton und Bund
- Einführung der Winti-City-Card
- faires Einbürgerungsprozedere statt Gesinnungs- oder Wissensprüfung
- aktive Förderung von Deutschkursen ergänzt durch Kinderbetreuung
- Verpflichtung von Unternehmen zur gesellschaftlichen Integration ihrer fremdsprachigen Mitarbeiter:innen

## **Öffentliche Dienste**

- Stärkung des Service Public
- Kampf der offensichtlichen und schleichenden Privatisierung öffentlicher Dienste
- Vorbildfunktion der städtischen Betriebe im Bereich der Ökologie
- sozioökonomisch gerechte Gebühren für städtische Dienstleistungen
- Vergenossenschaftlichung Stadtwerke Winterthur
- Trennung von Sozialdiensten und Polizei

## **Ökologie/Klima**

- Förderung von Fussverkehr, Velo und ÖV; Eindämmung des motorisierten Individualverkehrs
- kostenlose Nutzung des ÖV auf Stadtgebiet
- Entschärfung der Verkehrssituation in der Altstadt und in den Quartieren: Keine neuen Auto-Parkplätze in der Innenstadt, Einführung autofreier Zonen als Begegnungsorte
- Abbau von Parkplätzen und Verkehrsflächen in der Innenstadt, wobei die Zufahrt für Dienstleistende möglichst gewährleistet sein sollte
- Erweiterung von Gratis-Veloparkplätzen, insbesondere um den Hauptbahnhof
- kostenlose Leihvelo-Station
- alte Häuser nicht abreißen, sondern – wo sinnvoll – ökologisch sanieren
- höchstmöglicher Minergie-Standard bei Neubauten
- Begrünung der Stadt
- Förderung von dezentraler Energiegewinnung und erneuerbaren Energien
- Förderung von Massnahmen gegen die massive Zerstörung der Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren

## **Staatsmacht/Mitbestimmung**

- öffentlicher Raum für ALLE: Keine Wegweisungen und Rayonverbote, Demonstrationsrecht für alle
- Gleichbehandlung aller durch die Polizei, unabhängig von Herkunft oder Klasse
- konsequentes Benennen und Bekämpfen von Rechtsradikalismus, Rassismus sowie

religiösem Extremismus

- konsequente und vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention
- Stopp der zunehmenden Überwachung und Datensammlung in sämtlichen Lebensbereichen, Einsichtsrecht in Datensammlungen
- klare Deklaration bestehender sowie neu zu schaffender Überwachungseinrichtungen
- keine Ahndung von Drogendelikten im Bereich des Privatkonsums, Einsatz der Stadt für die Legalisierung aller Drogen und Förderung der Prävention beim Bund
- keine eigenmächtigen Räumungen besetzter Häuser durch die Stadt, nachgewiesener zwingender Bedarf durch Eigentümer als Voraussetzung
- keine Privatisierung der staatlichen Sicherheitsdienste
- keine Abwälzung von Sicherheitskosten auf Veranstalter und Privatpersonen
- Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahren
- Stimm- und Wahlrecht für ansässige Ausländer:innen
- partizipative Demokratie in den Quartieren

### **Raumplanung/Wohnen**

- raumplanerisches Ziel: verträgliche Verdichtung statt Ausdehnung des Baugebiets, Zusammenführen von Wohn- und Arbeitsräumen sowie zugehöriger Infrastruktur
- für eine gesellschaftliche Durchmischung der Stadtteile und Quartiere: keine Vertreibung von Einkommensschwachen aus den Zentren, keine Ghettoisierung, Integration von Alten und Pflegebedürftigen in die Wohnquartiere
- keine neuen Konsumtempel, Stärkung des Kleingewerbes
- Bewahrung des Verkaufstopps von städtischen Gebäuden und öffentlichem Grundeigentum, Abtreten von Land und Gebäuden weiterhin nur im Baurecht mit Auflagen.
- zahlbare Wohnungen für alle: staatliche Kontrolle der Mieten (Mietobergrenzen), Mitfinanzierung durch städtische Fonds
- Förderung städtischer und genossenschaftlicher Wohnungen, prioritär für Mietende mit niedrigem Einkommen
- aktive Rolle der Stadt bei Bodenpreisen durch Landkauf, um (genossenschaftliches) Wohnen bezahlbar für alle zu machen (Ulmer Modell).
- Mitbestimmung der Mietenden in städtischen Wohnungen, bei Sanierungs- und Neubauvorhaben
- Gewährleistung von fairen Mieten bei Gebäudesanierungen – keine höheren Renditen für Hauseigentümer:innen, sondern ökologische Überzeugung soll überwiegen
- Förderung von alternativen Wohnformen und Vermittlung für Zwischennutzungen
- Zukauf von Landwirtschaftsland, wobei Pachtbetriebe Bio-Standard erfüllen und die Selbstversorgung von Winterthur sichern